
Presseinformation Nr. 332

12. März 2008

WAITZ / OTTO:

**Verfassungsgerichtsurteil zu SPD-Medienbeteiligungen
schafft Intransparenz**

BERLIN. Anlässlich der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gegen das hessische Verbot der Beteiligung von Parteien an privaten Rundfunkveranstaltern erklären die Medienexperten der FDP-Bundestagsfraktion Christoph WAITZ und Hans-Joachim OTTO:

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts schafft mehr Unklarheit als Klarheit. Rundfunk soll staatsfern betrieben werden, so hat es auch das Bundesverfassungsgericht in zahlreichen Entscheidungen entschieden. Dort, wo Parteien Programminhalte oder Strukturen in Rundfunksendern mitbestimmen können, ist eine freie und unabhängige Berichterstattung nicht mehr möglich.

Problematisch ist, ab wann Parteien durch eine Medienbeteiligung bestimmenden Einfluss auf ein Rundfunkunternehmen erhalten. Sicher ist dies bei einer Mehrheitsbeteiligung der Fall. Aber auch bei kleinsten Beteiligungen können Allianzen mit anderen Anteilseignern geschmiedet und mittelbar Einfluss genommen werden. Ein Einfluss, der für den Bürger nicht nachvollziehbar ist. Aus dem Aspekt der Transparenz war die Regelung des hessischen Privatrundfunkgesetzes klar und schlüssig. Für die FDP Fraktion bedauern wir die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes.

Für um so wichtiger halten wir es, dass die Medien mit Parteibeteiligung freiwillig diesen Umstand ausweisen. Die Bürgerinnen und Bürger wollen wissen, was sie konsumieren.

Verantwortlich:
**DR. CHRISTOPH
STEEGMANS**

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de